

## Partei sagt Powerpoint den Kampf an

Eine Schweizer Bewegung will den inflationären Einsatz der beliebten Software bekämpfen. Durch nutzlose Präsentationen entstehe in

### Parteiprogramm gegen Bezahlung: Werbung in eigener Sache

Mit der Partei dürfte Parteigründer Matthias Pöhm auch Werbung in eigener Sache betreiben: Wer auf der APPP-Website das Parteiprogramm nachlesen will, wird auf den Kauf seines Buchs «Der Irrtum PowerPoint» verwiesen. Mitglieder erhalten die Lektüre, welche gleichzeitig als Parteiprogramm dient, günstiger. In der Schweiz brauche es auch gar kein Parteiprogramm, sagt Pöhm gegenüber [baz.ch/Newsnet](http://baz.ch/Newsnet), sondern nur Statuten.

### Flipchart die bessere Wahl?

Es sei ein Missstand, dass Vorgesetzte ihren Mitarbeitern die Benutzung von Powerpoint vorschreiben und Lehrer Schüler zur Verwendung von Powerpoint verpflichten. In der Gegenüberstellung zeige sich, dass bei 95 Prozent der Fälle ein Flipchart effizienter sei als eine Powerpoint-Präsentation.

Ziel der APPP ist, die Anzahl langweiliger Powerpoint Präsentationen zu verringern und zu erreichen, dass diejenigen, die auf die Software verzichten wollen, sich nicht mehr rechtfertigen müssen. «Dabei soll nicht Powerpoint abgeschafft werden, sondern nur der Powerpoint-Zwang.»

### Bewusst Partei als Organisationsform gewählt



«Vernichtet Milliarden Franken»: Parteigründer Matthias Pöhm über Powerpoint.

Um ihrem Anliegen weltweite Beachtung zu verschaffen, hat die Bewegung als Organisationsform eine internationale Partei mit Sitz in der Schweiz gewählt. Dort kann jeder Bürger der Welt Mitglied werden. Die APPP nennt ihre Mitglieder «Befürworter». Die Powerpoint-Problematik soll zu einem Politikum werden, worüber man dann weltweit breit und tief diskutiert. «Je mehr darüber geredet wird, desto mehr wird sich ändern», sagt APPP-Gründer Matthias Pöhm.

Die APPP will auf Präsentationen aufmerksam machen, bei der die Teilnehmer ihre Anwesenheit im Nachhinein als nutzlos erachten. Sie rechnet aus, dass alleine durch die Stundenlöhne der Anwesenden der Menschheit ein volkswirtschaftlicher Schaden von monatlich 350 Milliarden Euro entsteht.

Die Partei zählt laut Pöhm derzeit 360 Mitglieder. Man sammle nun Unterschriften, um für die Schweizer Parlamentswahlen im Oktober zugelassen zu werden. (sda)